

Wahlkampfauftakt im Strandbad

Die Aargauer SP stimmt sich am Parteitag am Hallwilersee auf die Wahlen ein – und Dieter Egli wäre gerne ein Apfelkuchen.

Adrian Kamber

«Heute ist es nicht nur hier drin heiss, wir beginnen auch mit der heissen Phase im Wahlkampf.» So machte Regierungsrat Dieter Egli am Samstag beim ausserordentlichen Parteitag der SP Aargau klar, was bevorsteht. Heiss war es denn auch tatsächlich an diesem ausserordentlichen Veranstaltungsort im Arbeiterstrandbad Tennwil am Hallwilersee. Während rundherum Kinder lachten und Erwachsene grillierten, beugten sich die Aargauer Sozialdemokraten in einem stickigen Festzelt über eine Traktandenliste.

Langweilig wurde es mit den Geschäften auf der Liste aber nicht. Im Hinblick auf das im Anschluss stattfindende «Fest der Solidarität» schwor Grossrätin Colette Basler die Anwesenden auf den Geist ebenjener Solidarität ein. Und dieser wurde von den Genossinnen und Genossen auch gleich auf die Probe gestellt. Es ging um Geld.

Egli wäre gerne ein Apfelkuchen

Ein Mitglied vom Fachausschuss Energie und Klima stellte den Antrag, dass die Partei doch gerne die Kosten für die Plakatkampagne zum Stromgesetz übernehmen sollte, die man aus eigener Tasche bezahlt habe. Die SP-Geschäftsleitung stellte jedoch klar, dass der Fachausschuss den Vorschlag für diese Plakate zu spät eingereicht und sie dann trotzdem in Eigenregie hergestellt habe. Zudem würde das Geld dann für spätere Kampagnen fehlen.

Es folgten zahlreiche Wortmeldungen und sogar das Angebot von zwei Genossinnen, die

2000 Franken selbst zu bezahlen. Schliesslich zeigten sich die Parteimitglieder aber solidarisch – und beschlossen, das Geld aus der Parteikasse zu bezahlen.

Wahlkampfleiter und Co-Kantonalparteipräsident Stefan Dietrich stimmte die Anwesenden derweil voll auf den Wahlkampf ein. Er versprach: «Wir werden schon in der Nacht auf Sonntag damit beginnen, unsere Plakate aufzuhängen. Dieses Mal müssen wir schneller sein als die Juso und die SVP.» Ab dem 25. August, genau acht Wochen vor dem Wahltag, ist das nämlich erlaubt.

In einer unverfänglichen Frageunde auf der Bühne wurde der Volkswirtschaftsdirektor gefragt, welches Gericht er am liebsten wäre. Er entschied sich schlagfertig für den Apfelkuchen: «Je nachdem, wo man hineinsticht, gibt es süsse und saure Äpfel. So ähnlich wie bei der Aargauer Wirtschaft.» Als Geheimzutat würde der Egli-Apfelkuchen aber noch etwas «Bewusstseinsweiterndes» beinhalten. «Damit die Unternehmen ihre soziale Verantwortung besser wahrnehmen.»

Cédric Wermuth, Co-Präsident der Mutterpartei, bat mit den beiden Nationalrätinnen

Gabriela Suter und Simona Brizzi im Anschluss alle anwesenden Grossratskandidierenden auf die Bühne, um ihnen weitere, wenig ernst gemeinte Fragen zu stellen.

Mit welchem Promi würden Sie gerne für einen Tag den Platz tauschen? Grossrätin Mia Jenni: «Mit Elon Musk. Ich würde alles rückgängig machen und sein ganzes Geld an einem Tag ausgeben.» Welche bürgerliche Politikerin würden sie am ehesten auf eine einsame Insel mitnehmen? Juso-Geschäftsleitungsmitglied Finn Neiger: «Vivienne Huber. Dann könnte sie ihre fragwürdi-

gen Aussagen nicht mehr verbreiten.»

Parolen für «sinnlose» Abstimmungen gefasst

Etwas ernster ging es dafür bei den Parolen für die übernächste Abstimmung zu und her. Am 24. November stimmt die Schweiz gleich über vier Vorlagen ab. Zwei davon betreffen das Mietrecht. 2023 hat das Parlament eine Gesetzesrevision beschlossen, gegen die der Mieterinnen- und Mieterverband erfolgreich das Referendum ergriffen hat.

Bei der einen Vorlage geht es darum, dass Vermieter bei

Untervermietungen künftig mehr zu sagen haben sollen. So müsste ein Mieter künftig die schriftliche Zustimmung seines Vermieters einholen, wenn er die Wohnung untervermieten will. Die zweite Vorlage zielt auf die neuen Regeln für die Kündigung bei Eigenbedarf.

Für Grossrätin Claudia Rohrer, selbst Mitglied im Mieterinnenverband, sind das «zwei sinnlose Abstimmungen», die nichts mit den aktuellen Problemen zu tun hätten. «Nicht einmal für die meisten Vermieterinnen und Vermieter selbst.» Das sahen auch die Genossinnen und Genossen so, die sich einstimmig gegen die Änderungen im Mietrecht aussprachen.

Ebenso widerspruchslos unterstützt die SP das Referendum gegen das vom Parlament beschlossene, 5,3 Milliarden schwere Autobahn-Ausbaupaket.

Weniger klar war die Lage jedoch bei der gesundheitspolitischen Vorlage zur einheitlichen Finanzierung der ambulanten und stationären Leistungen (Efas). Heute werden die stationären Behandlungen von Kantonen und Krankenkassen gemeinsam bezahlt, während die ambulanten Leistungen alleine zulasten der Krankenkassen gehen. Die Änderung möchte nun einen Anreiz für die Verlagerung von stationären hin zu mehr ambulanten Behandlungen schaffen, um die Gesundheitskosten zu senken. Gegner fürchten allerdings, dass die Krankenkassen dadurch zu viel Macht erhalten.

Obwohl die Geschäftsleitung der Aargauer SP für eine Stimmfreigabe plädierte, sprachen sich die Genossinnen und Genossen am Ende für eine Ja-Parole aus.



Gute Stimmung am Parteitag in Tennwil: Regierungsrat Dieter Egli im Gespräch mit Grossrätin Claudia Rohrer. Bild: Valentin Hehli